



Gudrun Kugler and Peter Hefele

Antworten auf den demografischen Wandel

Politische Handlungsempfehlungen
für nationale und europäische
Entscheidungsträger

campus 
TIVOLI

“In Anerkennung der Tatsache, dass der demografische Wandel einen grundlegenden Strukturwandel und eine zentrale Herausforderung mit weitreichenden Auswirkungen auf Gesellschaften, Volkswirtschaften und staatliche Strukturen darstellt und Arbeitsmärkte, Pensionssysteme, Gesundheitsdienste sowie den sozialen Zusammenhalt betrifft, sind wir überzeugt: Investitionen in die Familie sind Investitionen in die Zukunft Europas.” (EVP, 2025)

“Eine langfristige Perspektive ist notwendig, da höhere Geburtenraten ihre Wirkung erst über längere Zeiträume entfalten, und dem durch die Alterung der Bevölkerung entstehenden Ungleichgewicht muss entgegengewirkt werden.”
(OSCE PV, 2025)

Antworten: Ursachenbekämpfung und Anpassung

Ursachenbekämpfung und Anpassung sind zwei unterschiedliche, aber sich ergänzende Reaktionen auf den demografischen Wandel in Europa.

Unter Ursachenbekämpfung versteht man Maßnahmen, die die Ursachen des Bevölkerungsrückgangs bekämpfen – in diesem Fall durch die Entwicklung innovativer Strategien, um die Geburtenrate zu erhöhen und das Familienleben attraktiver und nachhaltiger zu gestalten.

Anpassung hingegen konzentriert sich darauf, sich an Realitäten anzupassen, die zumindest in absehbarer Zukunft nicht vollständig rückgängig gemacht werden können. Wir müssen akzeptieren, dass die Bevölkerung in vielen Ländern in den kommenden Jahrzehnten schrumpfen wird (Vereinte Nationen, 2024), bedingt durch niedrige Fertilitätsraten, Abwanderung und die Tatsache, dass groß angelegte Zuwanderung langfristig keine praktikable und gesellschaftlich akzeptierte Lösung darstellt (Eurostat, 2023). Besonders viele ländliche Gebiete erleben bereits einen starken Bevölkerungsverlust, selbst während die Babyboomer-Generation noch lebt, und weiterer Rückgang ist unvermeidlich. Diese Erkenntnis bedeutet, dass auch unpopuläre Maßnahmen in Betracht gezogen werden müssen, z.B. ohne an kostspieligen Investitionen in die Infrastruktur jeder einzelnen Siedlung festzuhalten.

Dasselbe Prinzip gilt für den aktuellen Sozialstaat: Bestimmte Elemente, insbesondere Umlagesysteme, können innerhalb der bestehenden Strukturen nicht „repariert“ werden und erfordern daher grundlegende Reformen, um mit weniger Beitragszahlern funktionsfähig zu bleiben. Während Anpassung die Widerstandsfähigkeit angesichts unvermeidlicher demografischer Veränderungen sicherstellt, bleibt Abmilderung entscheidend, um das Tempo des Rückgangs zu verlangsamen, indem höhere Geburtenraten und kontrollierte Migration gefördert werden.

Politische Handlungsempfehlungen in 12 Kapiteln

Wir gliedern unsere Handlungsempfehlungen in zwölf Kapiteln, die die relevantesten Politikfelder abdecken und sich insbesondere auf die europäische Ebene konzentrieren. Wir sind uns bewusst, dass alle politischen und administrativen Ebenen in Europa ihre Politik eng koordinieren müssen, um dem „demografischen Winter“ erfolgreich entgegenzuwirken, sich daran anzupassen und nachhaltige sowie handhabbare Gesellschaftssysteme zu erreichen.

Wir erkennen auch die Grenzen der Politikgestaltung und die Notwendigkeit der Einbeziehung eines breiteren Spektrums nichtstaatlicher Akteure an, die gleichermaßen Verantwortung tragen, einschließlich des Privatsektors. Bei der Unterbreitung von Handlungsempfehlungen erkennen wir an, dass auch innerhalb Europas kulturelle Unterschiede bestehen und dass ein Pauschalansatz („One-size-fits-all“) nicht funktioniert. Wir sind uns bewusst, dass das Thema Familie und Kinderwunsch viele persönliche Aspekte berührt. Daher möchten wir deutlich machen, dass es nicht unsere Absicht ist, jemanden zu kränken, sondern dass individuelle Entscheidungen zu respektieren sind.

Der demografische Wandel muss als Megatrend in der europäischen Politik anerkannt werden

- Staaten und Regierungen werden nachdrücklich aufgefordert, den demografischen Wandel öffentlich als eine der bedeutendsten Herausforderungen für moderne Gesellschaften anzuerkennen, auf die so bald wie möglich und rechtzeitig reagiert werden muss. Empirische Belege deuten darauf hin, dass stabile Ehen mit einer höheren Geburtenrate verbunden sind. Dementsprechend sollte die Politik Ehe und die eheliche Stabilität unterstützen, unter anderem durch Bestätigung ihres Wertes im öffentlichen Diskurs, die Integration relevanter Inhalte in die Sexualerziehung und, wo angemessen, durch gezielte Anreize.
- Sowohl politische als auch nichtstaatliche Akteure müssen anerkennen, dass die erfolgreiche Milderung und Anpassung an den demografischen Wandel eine Voraussetzung für das Überleben unserer Gesellschaften und der „europäischen Lebensweise“ ist.
- Dies erfordert einen nachhaltigen, generationenübergreifenden Ansatz jenseits kurzfristiger Wahlzyklen, um wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum, soziale Stabilität und umfassende Sicherheit in ganz Europa zu gewährleisten (EVP); dies schließt eine Anpassung an eine schrumpfende Bevölkerung mit ein.
- Diese Transformation kann nicht auf nationaler Ebene bewältigt werden; sie erfordert einen paneuropäischen Ansatz, um einen gemeinsamen Raum der Freiheit, des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität zu erhalten.

Die Antwort auf den demografischen Wandel muss alle Institutionen und Politikfelder umfassen

- Der umfassende und ressortübergreifende Charakter des demografischen Wandels erfordert koordinierende Institutionen und Verfahren, wie etwa demografische Task Forces oder Sonderbeauftragte in Regierungen und Parlamenten auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie in internationalen Organisationen. Zudem müssen Kommissionen für Pensionsreform oder Pensionssicherheit demografische Experten einbeziehen.
- Die Rolle des Europäischen Parlaments als Plattform für strategische Diskussionen und die Koordinierung der Politik in Europa muss gestärkt werden.
- Die EVP (Europäische Volkspartei) sollte eine ständige EVP-Arbeitsgruppe für demografische Fragen einrichten.
- Wirksames Handeln angesichts des demografischen Wandels hängt von Forschung, der rechtzeitigen Verfügbarkeit von Daten und dem öffentlichen Bewusstsein ab. Die etablierte demografische Forschung konzentriert sich auf die zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate, TFR) und vernachlässigt dabei differenziertere Messgrößen wie die Gesamt-Mütter-Rate (Total Maternal Rate, TMR) oder Kinder pro Mutter (Children per Mother, CPM). Retrospektive Kohortenstudien bewerten zwar die lebenslange Fruchtbarkeit, lassen jedoch die notwendige Detailtiefe vermissen, um Veränderungen in der Familiengröße und insbesondere Verschiebungen bei der gesellschaftlichen Kinderlosigkeit zu erkennen und zu überwachen – Themen, die die Politik adressieren muss. Diese Ansätze liefern keine ausreichenden Echtzeitdaten für rechtzeitige politische Interventionen (Shaw, 2025).
- Relevante Sozialwissenschaften, wie etwa die Wirtschaftswissenschaften, müssen demografische Dimensionen effektiver in ihre Forschungsprogramme integrieren.
- Während sich die Forschung meist auf Frauen konzentriert, ist eine stärkere Berücksichtigung von Männern ebenso wichtig, da ihr Verhalten in der Datenerhebung und Forschung oft unberücksichtigt bleibt.
- Es muss sichergestellt werden, dass alle notwendigen demografischen Daten öffentlich verfügbar, zugänglich und zeitnah kommuniziert werden. Sie sollten die Grundlage für den politischen Entscheidungsprozess bilden.
- Zentrale Fragen wie die zunehmende Unfruchtbarkeit, Kinderlosigkeit, Ehe und Elternschaft müssen ohne ideologische Tabus thematisiert werden.

Die Produktivität muss im Zuge des demografischen Wandels erhalten bleiben

Produktivität durch eine Reform des Bildungssystems

- Verkürzung der Ausbildungs- und Studienzeiten durch Straffung der Lehrpläne und Reduzierung überflüssiger Inhalte, um einen früheren Eintritt ins Berufsleben zu ermöglichen und entsprechende Anreize zu schaffen.

- Anpassung von Abschlüssen und Lehrplänen an die künftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes, die durch KI-Entwicklungen und globale Arbeitsteilung geprägt werden, um die Produktivität in Europa langfristig zu sichern.
- Aufwertung und Förderung der wirtschaftlichen Bedeutung der dualen Ausbildung und der Berufsbildung, anstatt akademische Programme weiter auszuweiten.
- Hochschulsysteme sollten die Vereinbarkeit von akademischem Fortkommen und Familienleben erleichtern.
- Lebenslanges Lernen sollte durch arbeitsplatzbasierte Programme gefördert und kontinuierlich angepasst werden, während primäre Bildungswege verkürzt werden könnten.
- Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf der Qualifizierung von Migrantinnen und Mädchen liegen, die derzeit seltener am Arbeitsmarkt teilnehmen.

Produktivität auf dem Arbeitsmarkt

- Förderung altersgerechter Arbeitsbedingungen und lebenslanger Präventionsmaßnahmen zur Verlängerung der Beschäftigungsfähigkeit und Lebensdauer. Diese Maßnahmen müssen deutlich früher im Erwerbsleben ansetzen als bisher.
- Vermeidung der Verdrängung älterer Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt durch die Umkehrung senioritätsbasierter Entlohnungssysteme (Bezahlung nach Dienstalter).
- Förderung eines Berufswechsels bei besonders belastenden Tätigkeiten ab dem 50. Lebensjahr.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Arbeitgeber für den Wert der Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Arbeitnehmer.
- Erhöhung der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Woche und über die gesamte Lebensspanne hinweg. Dies schließt auch Männer ein, die zu signifikanten Zahlen freiwillig nicht erwerbstätig sind.
- Ausweitung des Potenzials für Voll- oder Teilzeitbeschäftigung bei Personen ohne Betreuungs- oder Pflegeverpflichtungen.
- Stärkung von Maßnahmen zur Unterstützung von Elternschaft und Beruf durch flexible Elternzeit- und Arbeitszeitmodelle.
- Verhinderung des massiven Verlusts von branchenspezifischem Wissen und Erfahrung durch ein effektives Management der Übergangsprozesse in den Ruhestand.
- Berücksichtigung des Potenzials künstlicher Intelligenz zur Effizienzsteigerung von Dienstleistungen und Arbeitsabläufen. Ebenso ist das Potenzial der KI zu nutzen, um Servicestandards trotz einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung aufrechtzuerhalten.
- Aufforderung an die nationalen Regierungen, die Steuer- und Fiskalpolitik an demografische und technologische Veränderungen anzupassen, da diese derzeit stark auf den Faktor Arbeit konzentriert sind.

Höhere Geburtenraten hängen von einem kulturellen Wandel ab

Förderung eines kulturellen Wandels hin zu Elternschaft und Familienleben

- Förderung eines öffentlichen Dialogs, der den Wert von Elternschaft und Kindern für das Individuum und die Gesellschaft positiv darstellt: Der öffentliche Diskurs, die Medien und die Unterhaltungsindustrie sollten das Haben von Kindern und Enkelkindern in einem positiveren Licht darstellen, um so den gesellschaftlichen Respekt und die Offenheit gegenüber Kindern zu erhöhen.
- Dies beinhaltet offene und transparente Informationen über die Kosten niedriger Geburtenraten für die Wirtschaft (z. B. für Produktivität, den Arbeitsmarkt, den Erhalt unserer Sozialsysteme) und die Gesellschaft (z. B. Einsamkeit, Mangel an Netzwerken und Pflege), wobei der öffentliche Nutzen, den Familien erbringen, hervorgehoben werden sollte.
- Anerkennung der Fähigkeiten und Beiträge von Eltern als positiver Faktor in Einstellungsverfahren.
- Aufnahme von Themen wie „Familienleben und Elternschaft“ neben Finanzkompetenz (*financial literacy*) in die Lehrpläne weiterführender Schulen.

Unterstützende Maßnahmen und Anreize zur Elternschaft, um die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern

- Schaffung konkreter finanzieller Vorteile in den Steuer-, Pensions- und Sozialversicherungssystemen für Menschen mit mehr Kindern.
- Ausbau und Erweiterung bestehender Förderprogramme für privates Wohneigentum, angesichts der engen Verknüpfung von Immobilieneigentum und Familiengründung.

Familienorientierte Sozialpolitik stärken

- Die Familienpolitik sollte auch auf Nachhaltigkeit abzielen, d. h. auf die Erhöhung der Geburtenrate.
- Unterstützung, die gewünschte Anzahl an Kindern zu erreichen, da die Forschung zeigt, dass diese im Allgemeinen höher liegt als die tatsächliche Kinderzahl.
- Stärkung des öffentlichen Bewusstseins, dass nicht allein Frauen die Entscheidungen und Konsequenzen der Vereinbarkeit von Karriereperspektiven, sich ständig ändernden Arbeitsbedingungen sowie familiären Präferenzen und Betreuungspflichten tragen müssen; es ist sicherzustellen, dass Frauen diesen Druck nicht allein bewältigen müssen.
- Stärkung der Wahlfreiheit der Eltern bei der Entscheidung, wie sie Beruf und Kindererziehung miteinander vereinbaren.
- Um diese Wahlfreiheit zu gewährleisten, sollten Eltern Zugang zu bezahlbaren Kinderbetreuungseinrichtungen haben. Dies schließt die Nachmittagsbetreuung in Grundschulen ein.

- Initiierung von Sensibilisierungsmaßnahmen und öffentlichen Debatten – bereits in den Schulen – über die Auswirkungen einer aufgeschobenen Elternschaft auf die Fruchtbarkeit. Dies soll die Erforschung und Entwicklung von Strategien unterstützen, die dem Einzelnen helfen, die gewünschte Familiengröße zu erreichen, und gleichzeitig eine Politik fördern, die die Offenheit für größere Familien stärkt.
- Mütter, die zu Hause bei den Kindern bleiben wollen, sollten weder wirtschaftlich noch kulturell unter Druck gesetzt oder diskriminiert werden, da Frauen die Freiheit haben sollten, selbst zu entscheiden, ob sie in den Arbeitsmarkt eintreten oder nicht. Ihr Beitrag zum Gemeinwohl durch den Dienst am Kind und dessen Erziehung verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung.
- Vermeidung von Diskriminierung gegenüber kinderlosen oder alleinstehenden Menschen jeden Alters und Respektierung individueller Lebensentscheidungen.

Die Belebung des ländlichen Raums hängt von der Gemeindekonsolidierung sowie einer starken und gezielten Infrastruktur ab Raumplanung auf Basis langfristiger demografischer Daten

- Erhebung detaillierter Daten zur Gemeindeentwicklung für die nächsten 25 Jahre und Eröffnung einer Debatte darüber, wo kommunale Infrastrukturen gegebenenfalls konsolidiert (zusammengelegt) werden müssen.
- Feingliedrige, räumlich differenzierte Daten ermöglichen es der Politik, regionsspezifische Trends zu erkennen, Disparitäten effektiver anzugehen und gezielte Maßnahmen zu entwerfen, die die realen Dynamiken der lokalen Entwicklung widerspiegeln.

Gezielte Unterstützung schrumpfender Gemeinden und Regionen

- Entwicklung einer realistischen Sichtweise auf schrumpfende Gemeinden. Nicht alle sind gleich: Einige haben Potenzial für Tourismus, andere für die Landwirtschaft, manche könnten Teil einer Stadtregion werden, während andere am besten renaturiert werden sollten, um Fehlinvestitionen (Stranded Investments) zu vermeiden.
- Um die Abwanderung und eine negative Abwärtsspirale zu verlangsamen, müssen Anreize für junge Menschen zum Bleiben geschaffen werden: Förderung familienfreundlicher Maßnahmen, bezahlbarer Wohnraum und Baugrund, Arbeitsplätze und Infrastruktur.
- Stärkung des lokalen Engagements, um das Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft zu fördern.
- Gewährleistung einer fairen und gleichberechtigten demokratischen Vertretung entvölkerner Gebiete, um weiterer Entfremdung oder politischer Radikalisierung vorzubeugen.
- Verbesserung der Erreichbarkeit, einschließlich der Automobilität, unter Berücksichtigung der Mobilitätskosten, da nicht alles durch die Schiene abgedeckt werden kann.
- Aufrechterhaltung der sozialen Versorgung für die ältere Bevölkerung, ungeachtet der Tatsache, dass diese Infrastrukturen teurer sind als in den Städten. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da Verwandte möglicherweise bereits weggezogen sind.

- Fokus auf die Erforschung der Ursachen und Folgen sowie Verbesserung des Wissensaustauschs, insbesondere im Hinblick auf Landflucht und Entvölkerungsprozesse.

Suburbane Regionen (Umland) mit Bevölkerungswachstum

- Entwicklung kohärenter Pläne, die festlegen, wo Wachstum stattfinden soll und wo Natur erhalten bleiben muss. Gemeinden sollten untereinander koordinieren, anstatt unabhängig voneinander neue Wohn- oder Gewerbegebiete auszuweisen, um Einwohner und Industrie anzulocken.
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Konzentration der Besiedlung auf bereits erschlossene Korridore.
- Investition in intelligente Infrastruktur und digitale Vernetzung, um den Zugang zu Dienstleistungen und Arbeit zu verbessern. Nutzung technologischer Möglichkeiten wie Telemedizin und digitale Gesundheitsdienste.

Planung für wachsende Großstädte

- Städte müssen eine nachhaltige und demografisch flexible Infrastruktur entwickeln, um eine „Pseudo-Urbanisierung“ zu vermeiden.
- Vermeidung von Segregation in Städten und Vierteln, die die Integration behindert, durch eine entsprechende öffentliche Wohnungsbau- und Siedlungs politik.
- Unterstützung innovativer Bautätigkeiten, um dem Wohnungsmangel sowie hohen Wohnkosten entgegenzuwirken. Förderung der gemischt genutzten Quartiersentwicklung („15-Minuten-Stadt“).
- Sicherung von Wohneigentum und Bezahlbarkeit von Wohnraum als zentrale politische Ziele.
- Architektur ist eine Form der sozialen Fürsorge. Sie kann dazu beitragen, Einsamkeit zu verringern und sogar zur Suizidprävention beizutragen. Unternehmen und Kommunalbehörden sollten in diesem Bewusstsein zusammenarbeiten. Das intergenerationale Wohnen (Mehrgenerationenwohnen) sollte aktiv gefördert werden.

Lebensqualität und aktives Altern hängen von starken Gesundheits- und Pflegesystemen ab

- Strategische Schaffung einer Pflegeinfrastruktur, die auf die spezifischen Bedürfnisse der Regionen zugeschnitten ist, indem Anreize für öffentliche und private Investitionen geschaffen werden, einschließlich sozialer Tageszentren und Seniorenresidenzen für besonders schutzbedürftige ältere Menschen.
- Reform, Ausbau und Verbesserung der Langzeitpflegedienste, einschließlich der psychischen Gesundheitsfürsorge für ältere Menschen, wobei Bezahlbarkeit, Unabhängigkeit, Barrierefreiheit, Vielfalt und – wo möglich – die freie Wahl (der Wohnform) gewährleistet werden müssen.

- Verstärkte Anwerbung von ausreichendem Pflegepersonal bei gleichzeitiger stärkerer Betonung der Ausbildung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Fachkräfte im Gesundheitswesen. Dies hilft, den Arbeitskräftemangel zu lindern und die Qualität der Pflege zu steigern.
- Unterstützung der häuslichen Pflege und derjenigen, die Pflegeverantwortung übernehmen.
- Entwicklung innovativer Finanzierungsmodelle für die steigenden Anforderungen im Gesundheitswesen und in der Pflegeinfrastruktur sowie Einsatz technologischer Fortschritte zur Senkung der Kosten.
- Unterstützung einer Politik für aktives Altern, Langlebigkeit und Prävention sowie die Ermutigung älterer Menschen, im Erwerbsleben zu bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen (etwa durch Freiwilligenarbeit, flexible Pensionsmodelle und lebenslanges Lernen) als demografische Priorität.
- Thematisierung von Generationenkonflikten um Ressourcen, Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Bekämpfung der Isolation und Einsamkeit älterer Menschen, unter anderem durch die Förderung des intergenerationalen Wohnens.

Die künftige Wettbewerbsfähigkeit hängt von einer demografisch resilienten Erwerbsbevölkerung ab

- Bewältigung des tatsächlichen und prognostizierten Arbeitskräftemangels sowie der neuen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes durch die Integration benachteiligter Gruppen, wie z. B. Personen mit Betreuungspflichten, Menschen mit Behinderungen, Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitslose oder Berufsrückkehrerinnen. Insbesondere ältere Mitbürger spielen eine wichtige Rolle: Umschulung (*Reskilling*) und Weiterqualifizierung (*Upskilling*) während des gesamten Erwerbslebens bilden die Grundlage für eine längere Beschäftigungsfähigkeit.
- Vermeidung großflächiger, technologiebedingter Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Förderung technologischer Innovationen wie KI, um die Produktivität zu steigern und nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Schaffung von Anreizen für marktbaserte Beschäftigung: Eine verringerte Steuer- und Abgabenlast sowie niedrigere Sozialversicherungskosten müssen sicherstellen, dass Erwerbstätigkeit Vorrang vor dem Fernbleiben vom Arbeitsmarkt und der Abhängigkeit von Sozialtransfers hat („Arbeit muss sich lohnen“).
- Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften auch bei schrumpfender Erwerbsbevölkerung durch Deregulierung, steuerliche Entlastung von Arbeit und Einkommen sowie durch die Nutzung der Möglichkeiten, die neue Technologien bieten.

Gesteuerte Migration ist ein wesentliches Element einer nachhaltigen Demografie

- Asyl als Ersatz für Arbeitsmigration hat sowohl für die Aufnahmegesellschaften als auch für die Migranten zu dysfunktionalen Ergebnissen geführt. Es ist daher unerlässlich, das Asylrecht wieder seinem ursprünglichen Zweck als Schutzmechanismus für Personen zuzuführen, die vor

Verfolgung fliehen. Eine qualifikationsorientierte und kulturell kompatible Einwanderung sowie die Bindung von Fachkräften müssen gezielt gesteuert und verwaltet werden, um sicherzustellen, dass die Migrationssysteme auf der Grundlage eines gemeinsamen europäischen Rahmens effektiv auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reagieren.

- Reform unserer Verwaltungssysteme, um die Zulassung qualifizierter, gezielt angeworbener ausländischer (Nicht-EU) Arbeitskräfte unbürokratischer zu gestalten.
- Qualifizierte Migration als Teil der Lösung für den demografischen Rückgang Europas betrachten. Gleichzeitig müssen langfristige Effekte wie das Altern der Migranten, die Grenzen der Integration sowie der Erhalt der kulturellen Identität und des sozialen Zusammenhalts berücksichtigt werden. Ebenso sind die Bedürfnisse der Herkunftsländer und globale Bevölkerungstrends einzubeziehen, da auch im Rest der Welt ein Bevölkerungsrückgang einsetzt. Einwanderung als langfristige Lösung ist nicht praktikabel, da sie ein dauerhaft hohes Maß an permanenter Zuwanderung erfordern würde.
- Konsequente Ansätze („Get tough“) im Bereich der Integration, einschließlich Sprachanforderungen, Vermittlung von Ethikunterricht in Schulen, Einfordern von assimiliertem Verhalten in der Öffentlichkeit, wo immer möglich, und Vermeidung von Ghettobildung. Die Rolle der Arbeitgeber ist hierbei hervorzuheben. Gleichzeitig sind Engagement und Eigeninvestitionen der Migranten selbst für einen erfolgreichen Integrationsprozess notwendig.
- Ansprache gesellschaftlicher Kohäsionsprobleme im Zusammenhang mit Migration durch das Stoppen irregulärer Migration sowie Einschränkungen beim Familiennachzug, einschließlich der Bekämpfung von Heiratsschwindel/Scheinehen. Abschiebungen müssen ermöglicht werden, insbesondere bei Straftätern.
- Förderung von Programmen für Bildung mit doppelter Zielsetzung (*Dual Intent*) und zirkuläre Migration, um den Abfluss von Fachkräften und Humankapital (*Brain Drain*) zu vermeiden. Dies soll zur wirtschaftlichen Stärkung und politischen Stabilität in den Herkunftsländern, unter den EU-Mitgliedstaaten und während der Erweiterungsprozesse beitragen.
- Thematisierung der Abwanderung von Fachkräften aus der EU, insbesondere in die USA.

Pension- und Sozialreformen sind der Schlüssel zur langfristigen finanziellen Nachhaltigkeit

- Anhebung des gesetzlichen Pensionseintrittsalters – mit einem breiten Korridor für Korrekturfaktoren wie schwere körperliche Arbeit und Betreuungspflichten –, um der gestiegenen Lebenserwartung und den gesunkenen Geburtenraten Rechnung zu tragen. Implementierung von Mechanismen, insbesondere in umlagefinanzierten Systemen, um das gesetzliche Pensionseintrittsalter automatisch an die steigende Lebenserwartung anzupassen.
- Abschaffung von Anreizen für den Vorruestand und Attraktivitätssteigerung der Erwerbstätigkeit über das Standardpensionsalter hinaus durch den Ausbau von steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorteilen, zum Beispiel durch die Befreiung der Beschäftigung nach Pensionseintritt von Pensionsversicherungsbeiträgen.
- Neugestaltung der nationalen Pensionssysteme, um betriebliche und private Altersvorsorgesysteme einzubeziehen und zu stärken.

- Sicherstellen, dass Pensionssysteme den Beitrag, den Eltern zum Gemeinwohl leisten, genauer widerspiegeln.
- Förderung der Finanzkompetenz (*Financial Literacy*) von Beginn der beruflichen Laufbahn an, um Einzelpersonen bei der Planung für den Ruhestand und ihre langfristige finanzielle Sicherheit zu unterstützen und die staatlichen Pensionssysteme zu ergänzen.

Nachhaltige Demografie als Schlüssel für eine faire Demokratie und nationale Sicherheit

- Auseinandersetzung mit demografischer und sozialer Dynamiken, die das Risiko bergen, unverhältnismäßig starke Wählerblöcke innerhalb der älteren Bevölkerung oder unter Migranten zu schaffen, um das demokratische Gleichgewicht und die Vitalität zu wahren.
- Förderung einer öffentlichen Debatte in Europa über die Bedeutung einer nachhaltigen Demografie als Kernthema der nationalen und regionalen Sicherheit. Dies beinhaltet eine Diskussion über die Auswirkungen auf die künftige Verteidigungsfähigkeit, das geopolitische Gewicht Europas und die Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit.
- Entwicklung einer hohen Sensibilität bei der politischen Führung und in der Gesellschaft für die Gefahr der strategischen Einmischung ausländischer Regierungen in die Innenpolitik durch deren jeweilige ethnische Diasporas.
- Entvölkerte Regionen, wie beispielsweise der Balkan, stellen eine sicherheitspolitische und geopolitische Bedrohung dar, da sie anderen Mächten die Tür für eine Einflussnahme öffnen.

Demografische Nachhaltigkeit hängt von der Bewältigung der EU-Erweiterungseffekte und der Folgen des Krieges in der Ukraine ab

- Hervorhebung der grundlegenden und schädlichen demografischen Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und Integration dieser Herausforderungen in den Beitrittsprozess.
- Gleichzeitige Berücksichtigung des demografischen „Wiederaufbaus“ als grundlegende Voraussetzung für eine politisch, wirtschaftlich und demokratisch stabile Ukraine. Dies umfasst die Entwicklung effizienter Strategien, um ukrainische Staatsbürger zur Rückkehr in ihre Heimat nach dem Krieg zu bewegen, um so zur Wiederbelebung und zum Wiederaufbau der Ukraine und der gesamten Region beizutragen.